

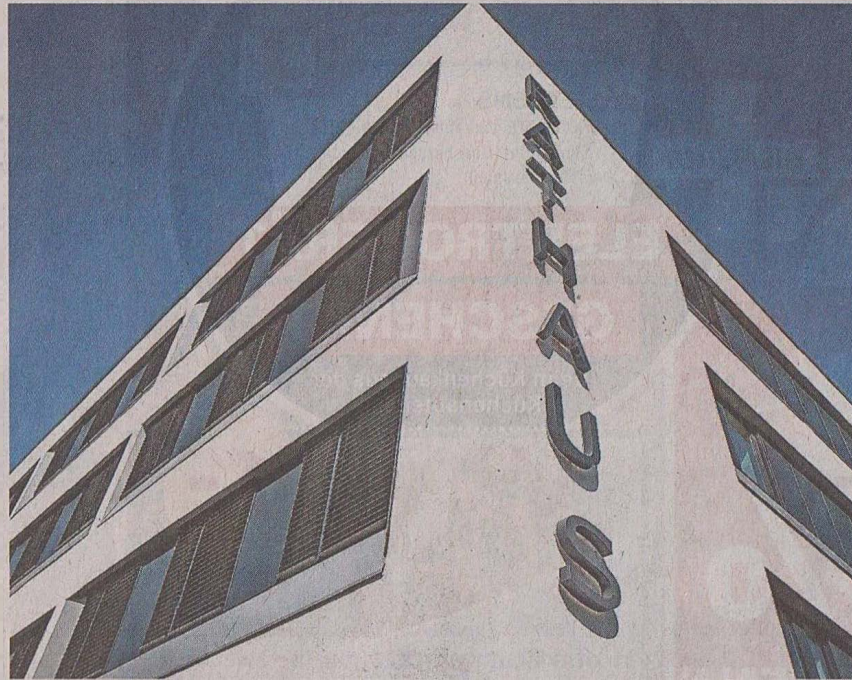
UWG fordert neuen Ratsbeschluss

Bei der Erhöhung der Grundsteuer in Meckenheim könnte noch nicht das letzte Wort gesprochen sein

VON ALEXANDER C. BARTH

MECKENHEIM. Wenn die 2284 Unterschriften (Stand Mittwoch) tatsächlich alle von Meckenheimern stammen, hat sich inzwischen rund jeder zehnte Bürger der Online-Petition gegen die Erhöhung der Grundsteuer B angeschlossen. Der Zulauf bleibt bislang deutlich hinter einer ähnlichen Petition für Alfter zurück, die rein rechnerisch bei 30 Prozent der dortigen Bevölkerung Zuspruch findet. So oder so ein ernst zu nehmendes Stimmungsbarometer, zumal die vor Kurzem verschickten Steuerbescheide nur in den Briefkästen von Grundeigentümern gelandet sind. Zur Miete Wohnende sind ebenfalls betroffen, da sie die Grundsteuer üblicherweise in voller Höhe über die Nebenkosten entrichten. Bis die meisten Mieter das Schwarz auf Weiß sehen, wird es aber noch eine Weile dauern.

Derweil brodelt die Debatte über die Entscheidung des Stadtrats, zur Konsolidierung des Haushalts auch an der Steuerschraube zu drehen, weiter. In der Kommunalpolitik scheinen sich zwei Blöcke gebildet



Die Erhöhung der Grundsteuer sorgt in Meckenheim weiter für Ärger und Diskussionen. Die UWG fordert jetzt eine neue Entscheidung im Rat. FOTO: BENJAMIN WESTHOFF

zu haben: CDU, Grüne und FDP hatten die Erhöhung mit ihrer Ratsmehrheit durchgesetzt und werben dafür beim Bürger um Verständnis. Auf der anderen Seite stehen SPD, BfM und UWG, die sich vom öffent-

lichen Unmut bestätigt sehen. Über den Steuerstreit scheint nun eine Art vorgezogener Wahlkampf auszubrechen. Die nächste Kommunalwahl ist erst für 2025 angesetzt, SPD und BfM verteilen aber bereits

gemeinsam gestaltete Flugblätter. Die Kernbotschaft: „Wir haben nicht zugestimmt!“ Die SPD wiederholt darin ihre Kritik an verspäteter und intransparenter Finanzplanung durch die Stadtverwaltung, die BfM beanstandet zu geringen Sparwillen und macht diesbezüglich auf die steigende Zahl der städtischen Mitarbeiter aufmerksam.

Erneute Debatte über die Sauna wahrscheinlich

Die UWG hat derweil laut einer Mitteilung einen Antrag eingereicht, mit dem sie die Rücknahme des Ratsbeschlusses fordert – zumindest, was die nochmalige Erhöhung der Grundsteuer im Jahr 2024 betrifft. Der Beschluss sieht wie berichtet vor, den Hebesatz für 2023 drastisch und im Folgejahr noch etwas weiter zu erhöhen. Die Mehrbelastung liegt für eine durchschnittliche Mietwohnung im Bereich von um die 100 Euro im Jahr, für Einfamilienhäuser können es je nach Grundstücksgröße einige Hundert im Jahr sein. Im Zusammenspiel mit hohen Energiepreisen und Inflation bringe

das „viele Bürgerinnen und Bürger an den Rand des finanziell Machbaren“, erklärt der stellvertretende UWG-Fraktionsvorsitzende Hans-Erich Jonen.

Die Meckenheimer CDU hat ihrerseits einen Flyer gestaltet mit dem Titel: „Warum steigen die Grundsteuern?“ Auf zwei Seiten erläutert die Union äußere Ursachen für die Finanznot vieler Kommunen und hebt hervor, wie Meckenheim von dem mit Einsparungen und Steuererhöhungen ausgeglichenen Haushalt profitiere. Die Grünen beantragen, erneut über höhere Eintrittspreise in der Sauna zu diskutieren, die nach einer Abstimmungsspanne im Stadtrat unverändert geblieben sind.

Derzeit droht sich die Debatte im Kreis zu drehen, denn neue Ideen sind bislang Mangelware. In den nächsten Wochen wird sich zeigen, ob es bei den bisherigen Mehrheitsverhältnissen bleibt. Um politisch etwas zu bewegen, müsste sich zumindest eine Handvoll Ratsmitglieder aus dem Block „pro Steuererhöhung“ dazu bereit finden, nachzuverhandeln.